

# Sparen bei der Bildung ist ein Spiel mit dem Feuer

**M**an stelle sich vor: Ein Feuerwehrmann erklärt, das Schulhaus müsse vor Bränden geschützt werden, dann entfacht er in einem Schulzimmer ein Feuer. Was paradox klingt, ist in der Bildungspolitik Realität.

**Landauf, landab** predigen Politiker, wie wichtig die Berufslehre ist. Die Vorteile liegen auf der Hand. Das duale Bildungssystem aus praktischer Ausbildung im Lehrbetrieb und berufsbegleitender Schule ist wirtschaftsnah und wird gleichzeitig den individuellen Anforderungen der Jugendlichen gerecht. Ausserdem ist das System durchlässig und ermöglicht mittels Berufsmatura und Hochschulstudium ebenso steile Karrieren wie der akademische Weg. Und nicht zuletzt ist auch dank der Berufslehre die Jugendarbeitslosigkeit hierzulande wesentlich tiefer als in Ländern mit gymnasialem Fokus, wie unsere Zeitung am 6. Oktober an gleicher Stelle beschrieben hat. Entsprechend erklärte der Luzerner Bildungsdirektor Reto Wyss (CVP) vor rund einem Jahr an einer Veranstaltung in Neuenkirch, das duale Bildungssystem «ist ein zentraler Erfolgsfaktor der Schweizer Wirtschaft».

**So weit zum «Brandschutz»** des Schulhauses. Nun zum Feuer. Eine der grössten Flammen lodert im Zimmer der Luzerner Fachklasse



Alexander von Däniken, Chefreporter regionale Ressorts, über die geplanten Sparmassnahmen des Kantons Luzern

## DARUM GEHT ES

Grafik, entfacht von derselben Luzerner Regierung. Die Vollzeit-Berufsschule soll bekanntlich geschlossen werden, was genau die hochgelobte Berufsbildung schwächen würde. Es schwelt aber noch in einem anderen Zimmer: denn die Regierung will auch die Beiträge an Berufsprüfungen und Höhere Fachprüfungen um 30 Prozent kürzen, um jährlich 1,5 bis 2 Millionen Franken zu sparen (Ausgabe vom 12. September).

**Von gezielten Brandanschlägen** zu sprechen, wäre indes falsch: Die Luzerner Regierung will generell in der Bildung und wohl auch in anderen Bereichen sparen (mehr dazu in der Ausgabe von morgen). Alleine im gymnasialen Bereich wurden bisher mehrere Massnahmen be-

kannt; von Kürzungen in der Schulverwaltung bis zum erneuten Versuch, eine weitere Ferienwoche einzuführen. Doch es stellt sich die Frage, ob flächendeckende Sparmassnahmen in der Bildung nicht genauso schlimm sind wie gezielte.

**Um beim** Bild des brandgefährdeten Schulhauses zu bleiben, stellen die Lehrer eine Art Brandmelder dar. Diese haben bereits viele vergangene Brände in Form von Reformen erlebt. Oft stellten sich diese Reformen als brennende Papierfächer heraus, wie unsere Zeitung bereits anhand eines Vergleichs für die Luzerner Volksschulen gezeigt hat: Während zwanzig Jahren sind die Kosten um fast 300 Millionen Franken gewachsen, die Schülerzahl blieb jedoch stabil (Ausgabe vom 17. Oktober). Ob sich die Unterrichtsqualität um dasselbe Ausmass verbessert hat, ist zu bezweifeln.

**Noch immer** beklagen Lehrfirmen die schlechten Sprach- und Mathematikfähigkeiten der Schulabgänger. Noch immer beklagen Lehrer den zusätzlichen Aufwand von integrativer Förderung oder integrativer Sonderschulung. Die vielen Brände haben die Lehrer sensibilisiert. Mögliche nützliche Reformen wie das Einführen von 70-Minuten-Lektionen an Gymnasien wie an der Luzerner Kanti Seetal oder am Gymnasium Immensee werden entsprechend früh mit Alarm versehen.

**Feuerwehren, die** selbst mit dem Feuer spielen, gibt es gewiss auch in anderen Kantonen. Grundsätzlich soll Sparen bei der Bildung auch kein Tabu sein. Allerdings muss gerade in diesem Bereich höchste Vorsicht gelten. Denn wer die Staats- und Gemeinderechnungen anschaut, merkt, dass die soziale Sicherheit immer mehr kostet. Allein im Kanton Luzern stieg die Zahl der Personen, die wirtschaftliche Sozialhilfe beziehen, von 7761 im Jahr 2010 auf 8267 im Jahr 2013 – ein Plus von 6,5 Prozent in vier Jahren. Noch eindrücklicher ist der Posten «Soziale Wohlfahrt» in den Gemeinderechnungen. Gemäss der Statistikstelle Lustat sind die Ausgaben in diesem Bereich in allen Luzerner Gemeinden in zehn Jahren von 290,4 auf 352,5 Millionen Franken gestiegen.

**Was das** mit der Bildung zu tun hat? Gemäss Lustat haben Personen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss ein erhöhtes Armutsrisiko. Im Kanton Luzern hatten rund sechs von zehn der im Jahr 2013 unterstützten Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 64 Jahren keinen nachobligatorischen Bildungsabschluss. Dieser Trend wird sich nicht umkehren, wenn wegen einer angekokelten (Berufs-) Bildung weniger Jugendliche den Berufseinstieg schaffen.

alexander.vondaniken@luzernerzeitung.ch